

02.10.2018

Antrag

der Fraktion SPD

Demokratiefördergesetz 2.0 – Demokratinnen und Demokraten brauchen kontinuierliche Demokratieförderung!

I. Ausgangslage

Demokratie lässt sich auf vielfältige Weise beschreiben. Die wörtliche griechische Übersetzung "Herrschaft des Volkes" hilft insofern wenig weiter, weil sich mittlerweile auch Diktaturen als "wahre" Demokratien bezeichnen. Deshalb müssen charakteristische Merkmale benannt werden, die nach unserem Verständnis eine demokratische Herrschaftsordnung kennzeichnen. In unserer Verfassung wird zweimal der Begriff freiheitliche demokratische Grundordnung verwendet [Art. 18, Art. 21(2) GG]. Damit ist die demokratische Ordnung in Deutschland gemeint, in der demokratische Prinzipien [Art. 20 GG] und oberste Grundwerte gelten, die unantastbar sind. Allen voran gehört dazu die Würde des einzelnen Menschen [Art. 1 GG].

Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte, Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte. Da die Herrschaft durch die Allgemeinheit ausgeübt wird, sind Meinungs- und Pressefreiheit zur politischen Willensbildung unerlässlich.

Demokratie ist auch ein Weg, um das Zusammenleben unterschiedlicher Menschen und unterschiedlicher Menschengruppen in Frieden, mit gegenseitigem Respekt und gleichen Rechten möglich zu machen. Zur Demokratie gehört ganz selbstverständlich eine Streitkultur, die aber dafür sorgt, dass es beim Streit bleibt. In einer Demokratie führt Streit nicht zu Gewalt und Krieg. Deshalb ist Demokratie Voraussetzung für Frieden. Und Frieden Voraussetzung für Demokratie. Ein friedliches Zusammenleben ist heute wichtiger denn je; denn moderne Gesellschaften sind vielfältig. Diese Vielfalt kann verunsichern. Man wird mit anderen Meinungen, anderen Werten, anderen Verhaltensweisen und anderen Religionen konfrontiert. Es ist manchmal nicht leicht, damit umzugehen. Aber die Demokratie macht es möglich. Das ist ihre große Stärke.

Nordrhein-Westfalen als Bundesland mit über 70jähriger Geschichte lebt in guter demokratischer Tradition und ist stets bestrebt, ein tolerantes und solidarisches Miteinander an die nächsten Generationen weiterzutragen.

Datum des Originals: 02.10.2018/Ausgegeben: 02.10.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Aber Demokratie ist kein statischer Zustand und ist heute im 21. Jahrhundert stärker bedroht als jemals in unserer Demokratiegeschichte. Steigende Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung sind Beispiele dafür.

Wie die Fraktionen in der Drucksache 17/3581 feststellen, zeigt auch der aktuelle Verfassungsschutzbericht in unserem Land Nordrhein-Westfalen eine bedenkliche Lage: Die Ansichten in der Gesellschaft werden immer extremer. Es gibt so viele Reichsbürger wie noch nie, die Zahl der so genannten Identitären, die zur rechten Szene gehören, hat sich fast verdoppelt. Ob religiös oder politisch motivierter Extremismus eines verbindet sie alle: die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und ihrer konstitutiven Grundwerte sowie eine stetig steigende Gewaltbereitschaft. Im Hinblick auf die Demokratie steht der Landtag vor neuen Herausforderungen in Politik, Parlament und Gesellschaft.

II. Der Landtag stellt fest:

Demokratie kommt nicht von alleine und sie bleibt nicht automatisch. Demokratie muss vielmehr von Generation zu Generation neu erlernt und gefestigt werden. Gestern wie heute müssen wir dafür sorgen, dass jede Generation die Werte der Demokratie erkennt und schätzt, die demokratischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erkennt, praktisches demokratisches Handeln erlernt, und falls notwendig, Demokratie gegen deren Feinde verteidigt.

Unsere Demokratie ist wehrhaft, sie weiß sich zu verteidigen, und das muss sie auch zeigen, mit Hilfe unserer rechtstaatlichen Institutionen.

Wirksame präventive und repressive Maßnahmen im Kampf gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus sind notwendig. Eine wehrhafte Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Und Demokratinnen und Demokraten brauchen kontinuierliche Demokratieförderung.

Vertrauen in die Demokratie wird durch gute und gerechte Politik gefördert. Wenn sich Menschen permanent vernachlässigt fühlen oder wenn sie sich ständig in Konkurrenz zu anderen sehen, dann verlieren sie das Vertrauen in Politik und Staat. Zunehmend ungerechte Verteilung von Wohlstand ist eine Gefahr für die Demokratie. Gerechtigkeit ist ein Auftrag an demokratische Politik. Politik muss daher dafür sorgen, dass die Wünsche und Probleme von Menschen gehört und aufgegriffen werden. Sie muss nah am Alltag und an den Bedürfnissen der Menschen sein. Besonders nah bei denen, die Unterstützung brauchen.

Deshalb braucht es aktive Demokratieförderung. Die Demokratie wird angegriffen – von innen und von außen –, aber sie wird auch gelebt und verteidigt. Mehr Menschen als je zuvor engagieren sich ehrenamtlich für die Demokratie. Über sie muss nicht nur gesprochen, sondern sie müssen auch konkret unterstützt werden.

Ein Beispiel konkreter Engagementpolitik ist das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden die diejenigen unterstützt, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Lokale Partnerschaften für Demokratie werden gestärkt durch Landesdemokratiezentren, Trägern, die Wissen und Erfahrung in der Demokratieweitergabe. Auf Bundesebene, auf Landesebene, vor Ort und in Modellprojekten. Es ist zu begrüßen, dass Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey das Bundesprogramm dauerhaft fördern möchte, um den Engagierten mehr Planungssicherheit zu geben. Wir wollen mehr Verlässlichkeit, weil wir der Überzeugung sind, dass die Demokratie eine Zivilgesellschaft braucht, auf die sie sich verlassen kann.

Der Landtag dankt für das zivilgesellschaftliche Engagement und für die gelebte Mitmenschlichkeit, die die Stärke unserer freiheitlichen Gesellschaft tagtäglich unter Beweis stellen und will dieses Engagement gestärkt wissen.

Insbesondere die Bilder aus Chemnitz und Köthen aber auch jüngste Ereignisse in Dortmund zeigen dringenden Handlungsbedarf. Deswegen wird berechtigterweise nun jüngst auch wieder auf Bundesebene über die Einführung eines Demokratiefördergesetzes diskutiert. Ein Demokratiefördergesetz ist ein notwendiges Instrument, das das Engagement für Demokratie und Vielfalt auf Dauer absichert. Unter Mitsprache der Zivilgesellschaft. Wer ein solches Gesetz verhindert, blockiert die Nachhaltigkeit von Demokratieförderung und Gewaltprävention. Das ist nicht gut für die Demokratie.

Demokratie vererbt sich nicht. Sie ist von Beginn an nötig und muss von jeder Generation neu erlernt und gelebt werden. Mit Demokratiebildung kann nicht früh genug begonnen werden. Die politische Bildung insbesondere im Schul- und Jugendbereich aber auch für Erwachsene muss noch viel deutlicher in den Fokus genommen und verstärkt werden.

Mit einem Demokratiefördergesetz wollen wir dabei zusätzlich früh ansetzen und klar machen, dass demokratische Bildung insbesondere jüngster Menschen auch Aufgabe des Staates ist – nur so lässt sich der Entpolitisierung der Gesellschaft und letztlich auch Extremismus entgegenwirken. Ein Demokratiefördergesetz soll demokratische Bildung junger Menschen auf allen Ebenen organisieren, unterstützen und in Kooperation mit Partnern fördern.

Dazu gehören für uns die Jugendverbände, die beispielhaft Demokratie und Partizipation leben. Ihnen gelingt es die Entwicklung der politischen Willensbildung der jungen Generation zu fördern und deren Anliegen zu transportieren. Angriffen auf die Unabhängigkeit der Jugendverbände oder des Bestandes der selbst organisierten Jugendringe werden wir entschieden entgegen treten.

Demokratie funktioniert nicht ohne Teilhabemöglichkeiten. Partizipation muss schon in der frühen Bildung gelebt werden.

Der Stellenwert politischer Bildung muss steigen. Dies wurde bereits durch Drs. 17/815 eingefordert und debattiert.

III. Der Landtag beschließt:

1. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ ist unverzichtbarer Bestandteil der Demokratieförderung. Der Landtag unterstützt Aktivitäten des Bundes, das Programm langfristig zu sichern.
2. Zur langfristigen Absicherung der Demokratieförderung ist ein Demokratiefördergesetz zwingend und dauerhaft notwendig. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine gesetzliche Verankerung der Demokratieförderung in dem Sinne einzusetzen, dass der Bundestag ein Demokratiefördergesetz mit dem Ziel der Schaffung dauerhafter Förderstrukturen verabschieden soll.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung zu ergreifen und auch politische (Weiter)Bildungsträger zu stärken.
4. Bildungseinrichtungen müssen gelebte Orte der Demokratie sein. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, der Demokratiebildung mehr Raum in den Bildungseinrichtungen von der frühkindlichen Bildung an einzuräumen und dabei formale als auch non-formale Bildungsorte zu berücksichtigen.
5. Die unabhängige Jugendverbandsarbeit weiterhin zu fördern und sie gegen Angriffe zu verteidigen.
6. Der Landtag verpflichtet sich, sich im Zuge eines Fortschrittsberichtes regelmäßig mit dem Thema Demokratie zu befassen. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen jährlichen Demokratiebericht vorzulegen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus fortzuführen.

8. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus fortzuführen sowie das Programm „NRWelfen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ fortzusetzen, um die beteiligten Kommunen dauerhaft abzusichern.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Sven Wolf
Elisabeth Müller-Witt
Dr. Dennis Maelzer
Jochen Ott

und Fraktion